

Dringlichkeitsantrag

Titel: Konsequenz für Frieden in der Ukraine!

Antragssteller*innen:

Delegierte:

Justin Niebius (KV Ostalb), Moritz Kenk (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Frederico Elwing (KV Tübingen), Fabian Everding (KV Tübingen), Margrit Paal (KV Tübingen), Simon Brecht (KV Hohenlohe/Schwäbisch-Hall), Antje Behler (KV Konstanz), Daniel Schröder (KV Konstanz), Flora Baumgartner (KV Konstanz), Daniel Färber (KV Konstanz), Alex Lepski (KV Freiburg), Agnes Mayerle (KV Ostalb), Hans-Peter Rasch (KV Ostalb), Alexander Relea-Linder (KV Ostalb), Arailym Wödl (KV Ostalb), Christian Zeeb (KV Ostalb), Iris Gojowczyk (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Anika Oßwald (KV Breisgau-Hochschwarzwald), Carsten Labudda (KV Heidelberg/Badische Bergstraße), Henrik Wagner (KV Heidelberg/Badische Bergstraße), Lars Bausch (KV Lörrach), Jori Fesser (KV Lörrach), Enes Muric (KV Ravensburg), Korbinian Sekul (KV Ravensburg), Rüdiger Weckmann (KV Reutlingen), Eva-Maria Glathe-Braun (KV Ulm), Philipp Polster (KV Schwarzwald-Baar Heuberg), Ingrid Pitterle (KV Böblingen)

Weitere Antragsteller*innen:

Jan Werner (KV Ravensburg), Lars Hilbig (KV Karlsruhe), Dilovan Arslan (KV Karlsruhe), Lukas Bimmerle (KV Karlsruhe), Simon Pschorr (KV Konstanz)

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Am 24.02. begann der russische Überfall auf die Ukraine. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Russland muss die Kampfhandlungen sofort einstellen und die Truppen aus der Ukraine zurückziehen.

Wir haben die Aggression von Putin und seinem Regime in der Vergangenheit falsch eingeschätzt und Putin unterschätzt.

Wir weisen Putins imperialistische Großmachtphantasien und das Absprechen der Ukrainischen Souveränität entschieden zurück. Die Propaganda-Lüge, es ginge um die "Entnazifizierung" der Ukraine ist angesichts der Bombardierung von Holocaust-Mahnmalen und dem Töten von Buchenwald-Überlebenden einfach nur widerlich.

Seit Jahrzehnten ist dies die gefährlichste Situation für den Frieden in Europa. Die Bundesregierung muss alles in ihrer Macht stehende tun, um mit diplomatischen und friedlichen Mitteln eine Eskalationsspirale mit unbekanntem Ende zu verhindern.

Gleichzeitig gilt unsere volle Solidarität der ukrainischen Bevölkerung. Als LINKE Baden-Württemberg rufen wir alle Menschen und insbesondere unsere Genoss*innen und Kreisverbände dazu auf, sich an den zahlreichen Kundgebungen für den Frieden und Solidaritätsaktionen mit der Ukraine vor Ort zu beteiligen.

Wir unterstützen Sanktionen gegen die Nutznießer des Putin-Regimes und insbesondere gegen die Rüstungsindustrie in Russland.

Als Landesverband beziehen wir weiter folgende Positionen:

- Die Nachbarstaaten dürfen bei der Aufnahme von Geflüchteten nicht alleine gelassen werden. Bund und Länder müssen das Land Berlin bei der Verteilung und Aufnahme der Geflüchteten unterstützen. Hier muss insbesondere Baden-Württemberg aktiver werden.
- Alle geflüchteten Menschen müssen aufgenommen werden, eine rassistische Abwehr von Geflüchteten nach Hautfarbe oder Ethnie an der Grenze lehnen wir ab.
- Für das Recht auf Desertation: Soldaten, die aus der russischen Armee desertieren, sollten in Europa Asyl mit Familiennachzug bekommen.

- Ebenfalls müssen ukrainische Männer von 18-60 Jahren aus dem Kriegsgebiet fliehen dürfen.
- Die Abhängigkeit Deutschlands und Baden-Württemberg von Autokratien durch fossile Energieträger muss schnellstmöglich eingeschränkt und beendet werden. Hierzu müssen erneuerbare Energieträger deutlich schneller ausgebaut werden und ein Programm für die Umrüstung auf Wärmepumpen auf den Weg gebracht werden. Gerade Menschen mit wenig Geld dürfen bei den hohen Gas- und Ölpreisen nicht auf der Strecke bleiben.
- Wir lehnen die geplante 100 Milliarden-Aufrüstung der Bundeswehr ab. Insbesondere stellen wir uns weiterhin gegen jeden Versuch eigene politische Meinungen im Grundgesetz festzuschreiben. Die Schuldenbremse zeigt uns, dass das keine gute Idee ist.
- Wir lehnen Rassismus gegen russischsprachige Menschen, sowie die Einstellung von Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen mit Russland, ab. Für Frieden und die Stärkung der Zivilgesellschaft in Russland ist ein solches Vorgehen kontraproduktiv.
- Wir unterstützen die Proteste der russischen Friedensbewegung und solidarisieren uns mit allen Menschen die unter den autokratischen Bedingungen und Haftstrafen für Frieden in Russland demonstrieren.

Mit dem Ukraine-Krieg stellen sich auch für uns als LINKE Fragen die einer genaueren solidarischen Debatte mit Klärungsprozess und einer Positionierung, die große Teile unserer Partei mittragen können, bedürfen. Insbesondere wollen wir in solidarischen Foren uns in nächster Zeit als Landesverband eine klare und von möglichst weiten Teilen der Partei getragene Positionierung mit unterfütterter Argumentation zu folgenden Fragen erarbeiten:

- Welche Wirtschaftssanktionen unterstützen wir?
- Wie positionieren wir uns zu einem sofortigen Stopp von russischen Gaslieferungen?

Begründung:

Inhaltliche erfolgt mündlich.

Begründung Dringlichkeit:

Eine Dringlichkeit liegt vor, da der Beginn des russischen Überfalls (24.02.) sich erst nach Antragsschluss (19.02.) ereignete und eine inhaltliche Positionierung des Landesverbands aus unserer Sicht dazu notwendig ist.